

Abg. Josef Frey GRÜNE: Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, Sie erlauben, dass ich zur Tagesordnung spreche.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Europapolitik!)

Punkt 6: „Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung – Bericht über aktuelle europapolitische Themen“.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Landesregierung und
Europapolitik! Aktuelle europapolitische Themen!)

Die Vorlage ist die Drucksache 15/2305, die in den entsprechenden Ausschüssen vorberaten wurde. Fälschlicherweise steht hier, dass der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zuständig ist. Zuständig ist normalerweise der Europaausschuss. Aber ich gehe davon aus, dass, weil der Schwerpunkt bei den Finanzen lag, hier der Finanzausschuss federführend tätig war.

Europa ist mehr als Krisenbewältigung, und die Landesregierung hat das in dem Bericht sehr gut dargestellt: die vielfältigen Aktivitäten im Donaauraum, bei den Vier Motoren, in der Entwicklungszusammenarbeit, die neuerdings in diesem

Ausschuss angesiedelt ist. Wir bedanken uns sehr für diesen ausführlichen Bericht, weil er deutlich macht, wie Europa lebt und wie Europa erlebbar wird auch konkret hier mitten im Land.

Gleichzeitig geht es noch um die Frage der Förderperiode 2014 bis 2020, die in allen Ministerien vorbereitet werden muss und langwierige Verhandlungen mit sich bringt.

Der Quartalsbericht macht deutlich, dass Europa ein Querschnittsthema ist in der Finanz- und Sozialpolitik, aber auch in der Strukturpolitik. Diese Schwerpunktthemen spielen nicht nur bei EU-Gipfeltreffen eine Rolle, sondern sind auch hier bei uns auf der Landesagenda, weil wir hier im Landtag dafür sorgen müssen, dass Europa und seine Themen hier erlebbar und transparent dargestellt werden. Dieser Bericht ist ein hervorragender Beitrag dazu.

Das Bundesverfassungsgericht hat in den letzten Urteilen die Rechte der Parlamente gestärkt, auch der Landesparlamente und des Bundesrats. Wir betrachten diese Urteile als einen großen Erfolg für unseren Landtag und für die demokratischen Strukturen des föderalen Systems. Damit können wir nämlich sicherstellen, dass formal völkerrechtliche Verträge, die Europa betreffen, im

Zweifelsfall europarechtlichen Angelegenheiten im Sinne von Artikel 23 des Grundgesetzes gleichzustellen sind. Damit stehen dem Bundesrat die gleichen Informationsrechte zu wie dem Bundestag.

Damit haben wir aber auch eine Mitverantwortung, was Europa betrifft, und eine Mithaftung, nicht nur finanziell, sondern auch Wege aufzuzeigen, die in eine neue Zukunft für Europa führen, und hierzu eine parlamentarische Diskussion zusammen mit der Zivilgesellschaft zu entfachen.

Die parlamentarische Kontrolle wurde mit den Bundesverfassungsgerichtsurteilen gestärkt. Umso mehr unterstützen wir, dass der Kommissar für Finanzen und Wirtschaft, der im Gespräch ist, auch von dem Europäischen Parlament gewählt wird und nicht in irgendeiner Form bestimmt wird und auch abgewählt werden kann, genauso wie die Bankenaufsicht in der EZB nicht durch den EZB-Rat beaufsichtigt wird, sondern durch ein eigenständiges Gremium.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Peter
Hauk CDU)

Auf der Bundesratsebene wird im Augenblick das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in europäischen Angelegenheiten überarbeitet. Für uns bedeutet dies, dass wir unser Gesetz dann ebenfalls überarbeiten müssen, das regelt, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Landtag und Bundesrat und die Rolle der Länder darstellen soll.

Lassen Sie mich jetzt noch einen Satz zu dem Antrag sagen, der vor etwa einer Stunde eingegangen ist. Ich nehme an, Frau Gurr-Hirsch, Sie bringen ihn nachher noch ein.

(Abg. Peter Hauk CDU: Der ist schon eingebracht! Der liegt Ihnen hier vor! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der liegt vor! Grottenschlechter Antrag!)

Ich bin etwas verwundert. Sie haben ja hier den Bericht der Landesregierung zum zweiten Quartal vorliegen. Jetzt kommen Sie mit dem Versuch, polemisch hier darzustellen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Sagen Sie mal, wo hier ein polemisches Wort drinsteht! Das möchte ich jetzt mal wissen!)

dass der Ministerpräsident die Türkei zum Beitritt einlädt. Er hat sehr differenziert – das haben Sie ja auch anerkannt, Frau Kollegin – hingewiesen auf die Schwächen, aber auch auf die Wichtigkeit, Europa weiterzuentwickeln. Nachdem gerade jetzt die Länder in ihrem Selbstvertrauen vom Bundesverfassungsgericht unterstützt worden sind, sagen Sie: Die Ministerpräsidenten sollen ab sofort einen Maulkorb haben. Frühere Ministerpräsidenten haben sich natürlich auch geäußert. Sie wissen, dass Mappus dagegen war. Oettinger äußert sich jetzt jüngst wieder dafür. Er war immerhin auch einer Ihrer Ministerpräsidenten.

Genauso inkohärent ist Ihr Antrag. Sie sagen einerseits: „Verpasst dem Ministerpräsidenten einen Maulkorb.“ Andererseits sagen Sie: „Mischt euch ein.“

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Also Sie müssen sich schon entscheiden, ob sich der Landtag jetzt hier einmischen soll oder ob man dem Ministerpräsidenten einen Maulkorb verpasst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Dem

Redner wird das Ende der Redezeit angezeigt.)

– Ich komme gleich zum Schluss.

Sie berücksichtigen bei diesem Antrag nicht – da übernehmen Sie auch keine Verantwortung für die 430 000 Menschen, die aus der Türkei hierher nach Baden-Württemberg gekommen sind –, was Sie mit solchen Anträgen anrichten.

Folgt 043: Sie haben wiederum eine Chance verpasst...

(Fortsetzung 12:40 Uhr Abg. Josef Frey GRÜNE)

Sie haben wiederum eine Chance verpasst, sich von der Art und Weise der Politik des Vorgängers unseres Ministerpräsidenten zu distanzieren, und hätten diesen Bericht verabschieden können, ohne jetzt hier eine Debatte hochzuziehen, die am falschen Ort und zum falschen Zeitpunkt stattfindet. Beantragen Sie doch eine Aktuelle Debatte, oder gehen Sie mit einem Antrag in den Europaausschuss. Aber hier zu diesem Zeitpunkt ist dieser Antrag völlig fehl am Platz.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Haller-Haid das Wort.